

Gesetzesänderung im Bayerischen Landtag (12.03.03.):

Über die Änderung des Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetz am 12.03.03 berichtete die Augsburgische Allgemeine in ihrer Ausgabe vom 13.03.03 unter den Überschriften „Bessere Integration behinderter Kinder“ und „CSU: Integration macht Fortschritte“, unter dem Titel „Integration: weit gefehlt“ wurde das Ereignis kommentiert. Zitat:

Kultusministerin Monika Hohlmeier (CSU) betonte, dass die Integration behinderter Kinder damit große Fortschritte mache. Die Opposition warf Hohlmeier dagegen Etikettenschwindel vor. ... Das geänderte Gesetz sieht jetzt vor, dass behinderte Kinder Regelschulen besuchen, wenn sie bestimmte Bedingungen erfüllen – etwa die Fähigkeit zur „aktiven Teilnahme“ am Unterricht. Ein Hauptkritikpunkt von SPD und Grünen ist, dass die Eltern zu wenig Mitspracherecht haben, ob ihr Kind in eine Förderschule oder eine Regelschule gehen soll. ... Die Optionen (der Staatsregierung) reichten von der Kooperation zwischen Förder- und Regelschule über gemeinsame Freizeit bis zum gemeinsamen Unterricht. Die Opposition wolle nur das Klischee verbreiten, dass behinderte Kinder in Bayern ausgegrenzt würden. ... (Es würden) derzeit etwa 11000 Schüler mit „sonderpädagogischem Förderbedarf“ an allgemeinen Schulen unterrichtet... „Da steht Integration drauf, aber es ist nicht Integration drin“, sagte die Abgeordnete Christine Goertz ... „Das Gesetz sei ein „Schlag ins Gesicht der Eltern“, weil diese nicht mitentscheiden dürften. Gemeinsamer Unterricht könne aber behinderte Kinder zu Spitzenleistungen führen. Die Staatsregierung habe mit dem Gesetz neue Hürden für die Integration behinderter Kinder aufgebaut, sagte die Grünen-Bildungspolitikerin Petra Münzel. ...

Im Kommentar wird die Gesetzesänderung als Fortschritt gewürdigt. Mit dem Hinweis auf die skandinavischen Länder wird aber bedauert, dass

„das neue Gesetz die Integration behinderter Kinder leider nur begrenzt erlaubt“.

Die Schirmherrin der elwela, die Landtagsabgeordnete Christine Goertz hat zu der Gesetzesänderung eine Pressemitteilung herausgegeben, die leider bislang nicht veröffentlicht wurde.

Auch die elwela hat eine erste Stellungnahme an die Presse sowie an weitere Elterninitiativen in Bayern herausgegeben. (Word-Datei).